

Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 06.02.2018

1. Zukünftige Bejagung der Eigenjagd und des gemeinschaftlichen Jagdbezirk

Seit dem Jagdjahr 2015 wurden in der Gemeinde Mönchweiler unentgeltliche Jagdbegehungsscheine ausgestellt. Dies wurde vom Gemeinderat so beschlossen um die Abschusszahlen in der Gemeinde angemessen zu halten und die Schäden durch Rehwildverbiss im Gemeindewald gering zu halten.

Bedauerlicher Weise haben sich zwischenzeitlich die Schäden durch Schwarzwild im gemeinschaftlichen Jagdbezirk, welcher von den Jagdbegehungsscheininhabern mitbejagt wird, mehr als verdoppelt. Die Einnahmen aus dem Wildverkauf an die Jäger reichen damit nicht mehr aus, die Wildschäden (2015: 1.598,00 €; 2016: 1.825,00 €; 2017: 3.504,00€) zu decken. Aufgrund des Schwarzwildrucks ist davon auszugehen, dass die Schäden weiter steigen könnten.

Da sich der Revierleiter Peter Gapp nach Anweisung der Forstverwaltung aus Gemeindejagd zurückziehen muss, muss außerdem ein Jagdleiter aus den Begehungsscheininhabern bestimmt werden. Der Jagdleiter wird dafür verantwortlich sein, die Jagden zu organisieren, Fallwild zu beseitigen, die Instandsetzung der Jagdeinrichtung nach deren Überprüfung zu veranlassen und die Streckenmeldung zu führen.

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Gemeinderat beschließt ab dem Jagdjahr 2018/2019 die Jagd auf der Gemarkung Mönchweiler als Regiejagd von maximal 10 Jagdbegehungsscheininhabern ausüben zu lassen. Die Jagdbegehungsscheine sind auf ein Jagdjahr befristet. Die Gebühr für einen Jagdbegehungsschein beträgt jeweils 500,00 € im Jagdjahr.**
- 2. Der Begehungsscheininhaber, welcher die Jagdleitung übertragen bekommt, erhält den Jagdbegehungsschein gebührenfrei.**
- 3. Das Wildbret wird den Jagdbegehungsscheininhabern kostenlos zur Verfügung gestellt.**
- 4. Die Gemeindeverwaltung wird ermächtigt, den Jagdleiter nach pflichtgemäßem Ermessen zu bestimmen.**
- 5. Die Jagdbegehungsscheininhaber können die Waldpädagogikhütte kostenlos für Versammlungen und Besprechungen nutzen.**

Der Gemeinderat folgte dem Beschlussvorschlag einstimmig.